

Köln bekommt neue Gesamtschulen

Schuldezernentin Agnes Klein spricht im Gespräch mit *Helmut Frangenberg* über den Sanierungsstau an den Kölner Schulen, die Ganztagsangebote und die Zukunft des Bildungsangebots. Unter anderem sind zehn neue Schulen für Köln geplant.



Agnes Klein ist zuständig für Schulen, Jugendhilfe, Kitas und Breitensport.
(Bild: Stefan Worring)

Eltern des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums werden am heutigen Dienstag dem Oberbürgermeister einen Adventskalender überreichen, der alle Mängel dokumentiert, die trotz Sanierung immer noch nicht behoben worden sind – ein Beispiel für die vielen Probleme im Zusammenhang mit der Schulsanierung. Wie ist so was möglich?

AGNES KLEIN: Möglich ist das, weil über viele Jahrzehnte nicht in die Gebäudesubstanz unserer Schulen investiert wurde. Wir haben einen Investitionsstau, den man bei 285 Schulen nicht in wenigen Jahren abbauen kann. Die Gebäudewirtschaft führt derzeit 160 Großbaumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Euro durch – und das ist immer noch nicht genug. Hinzu kommen die steigenden Schülerzahlen und die steigende Nachfrage nach Ganztagsangeboten. Das sind große bauliche Herausforderungen. Die Gebäudewirtschaft bekommt vom Bildungsdezernat die Bauaufträge und führt die Maßnahmen in eigener Verantwortung durch. Auf dem anspruchsvollen Weg der Sanierung dieser Schulen gibt es vielerlei Detailprobleme. Bedenken muss man auch, dass es ein Unterschied ist, ob eine öffentliche Verwaltung bauen lässt oder ein privater Investor. Die Stadt unterliegt anderen gesetzlichen Voraussetzungen, zum Beispiel bei den europaweiten Ausschreibungen. Das ändert aber nichts an meinem Eindruck, dass bei Verwaltung und Rat die Investitionen in Schulen neben dem Kita-Ausbau ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Verstehen wir Sie richtig? Weil der Berg an Aufgaben so groß ist, müssen wir Verständnis dafür haben, dass es nicht gut genug läuft?

KLEIN: Nein, ich kann die Kritik der Schulen verstehen, wenn es heißt, es müsste doch alles besser laufen. Mir ist es zum Beispiel auch ein Rätsel, warum es so selten gelingt, die Ferienzeit für Baumaßnahmen zu nutzen. Das sind Fragestellungen, die dazu geführt haben, dass der Rat eine Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft beschlossen hat.

Viele Schulen beklagen die schlechte Kommunikation mit der Verwaltung beziehungsweise der Gebäudewirtschaft. Was wird dagegen getan?

KLEIN: Wir entwickeln eine Informationsplattform für Schulen. Im Internet sollen demnächst alle Informationen zu den Baumaßnahmen eingestellt werden, damit man sehen kann, in welchem Stadium sich die Maßnahme befindet. Wir haben es ja mit sehr langen Planungsvorläufen zu tun. Für die Schulen sieht das dann oft so aus, als ob gar nichts passierte, obwohl tatsächlich intensiv am Thema gearbeitet wird.

Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen in Grundschulen steigt. Das neue Angebot schafft immer neue Nachfrage. Bisher hieß es immer, dass neue Plätze innerhalb des bestehenden räumlichen Angebots entstehen müssen. Lässt sich das ohne Neubauten weiter durchhalten?

KLEIN: Als wir das Ganztagsangebot an den Grundschulen aufgebaut haben, standen uns zirka 80 Millionen vom Bund zur Verfügung. Damals sind wir von einem Bedarf von 25 Prozent ausgegangen. Jetzt, fünf Jahre später, sind wir schon bei 65 Prozent. Und es reicht immer noch nicht. Wir haben derzeit keine zusätzlichen Mittel dafür, sondern müssen alles aus dem eigenen Etat finanzieren. An zwei Punkten will ich dennoch ansetzen: Die vorhandenen Räume, die heute noch ausschließlich für Unterricht genutzt werden, sollen so eingesetzt werden, dass im gesamten Schulgebäude das Ganztagsangebot stattfinden kann. Für die Umrüstung der Mensen und Küchen bereiten wir ein Bauprogramm vor.

Wohin wird sich Ganztagsversorgung an den Grundschulen entwickeln?

KLEIN: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns in Richtung 90 bis 100 Prozent bewegen.

Wie wird sich das Angebot an weiterführenden Schulen entwickeln? Wie wird die Stadt auf die steigenden Kinderzahlen und den größeren Bedarf an Plätzen an Gymnasien und Gesamtschulen reagieren?

KLEIN: In der Innenstadt fehlt uns der Platz für neue Schulen. Hier werden wir nur zusätzliche Züge an den vorhandenen Gymnasien schaffen können. Außerhalb der Innenstadt werden wir den Bau neuer Gesamtschulen vorschlagen. Eine könnte auf dem Gelände der Dom-Brauerei in Bayenthal gebaut werden. Das prüfen wir zurzeit. Maßgeblich sind auch die Abstimmungsgespräche mit den bestehenden Gesamtschulen in der Umgebung. Eine weitere Gesamtschule kann im Stadtbezirk Nippes gebaut werden.

Auf dem Clouth-Gelände?

KLEIN: Nein. Es gibt andere Möglichkeiten.

Im Stadtbezirk Lindenthal muss die Tragfähigkeit des Schulkompromisses auf Landesebene eine besondere Probe bestehen. Dass eine neue Schule nötig ist, ist unbestritten. Doch bei der Frage, ob dies ein Gymnasium oder eine Gesamtschule sein soll, scheinen wieder alte Schützengräben bezogen zu werden. Was ist Ihr Vorschlag?

KLEIN: Ich kann mir vorstellen, dass wir das ganz pragmatisch mit einer Elternbefragung an den Grundschulen lösen. Dann geht es nicht darum, wer sich gegen wen politisch durchgesetzt hat, sondern nur darum, was die Eltern wünschen.

Was passiert in Ehrenfeld?

KLEIN: In Ehrenfeld unterstützen wir die Idee, die „Inklusive Universitätsschule“ auf dem Heliosgelände umzusetzen. Das wäre ein gutes Angebot an dieser Stelle. Allerdings wollen wir auch das Moderationsverfahren über die Zukunft des Areals respektieren, das im Dezember beginnt. Sollte sich zeigen, dass die Bevölkerung diese Schule dort nicht wünscht, müssen wir sie an einem anderen Standort realisieren. Aber danach sieht es im Moment nicht aus.

Ein ähnliches Modell für eine inklusive Schule von Klasse 1 bis 13 ist an der Weidener Martin-Luther-King-Hauptschule erarbeitet worden. Welche Chancen hat diese Idee?

KLEIN: Auch dieses Konzept unterstützen wir gern, auch wenn die Umsetzung etwas komplizierter ist. Die Schule braucht einen zweiten Standort für die Klassen 1 bis 4. Den könnten wir uns zum Beispiel in Junkersdorf am Standort der Belgischen Schule vorstellen. Das weiterführende Angebot würde dann in Weiden sein, für den Bereich der Sekundarstufe II wäre das naheliegende Berufskolleg zuständig. Damit das Land die Schule als Modellprojekt anerkennt, wird noch ein wenig am pädagogischen Konzept gearbeitet werden müssen.

Und dann gibt es ja noch die große Hürde, dass sich die alte Schule auflösen muss, damit eine neue entstehen kann. So will es das Gesetz.

KLEIN: Und die Schule will das nicht. Ich kann das verstehen. Man kann eigentlich keinem Lehrer zumuten, dass er an einem anspruchsvollen Konzept arbeitet, mit dem er seine Weiterbeschäftigung an der bestehenden Schule in Frage stellt. Das ist eine fast unüberwindbare Hürde für neue Schulgründungen. Das merken wir auch jetzt, wenn es um die Werbung für die neue Schulform der Sekundarschule geht. Die Bereitschaft, dabei mitzumachen, ist sehr begrenzt.

Ist die auf Landesebene ausgedachte Schulform also chancenlos?

KLEIN: Die Sekundarschule ist in erster Linie ein Konzept für den ländlichen Raum und für Regionen, wo die Bevölkerungszahlen zurückgehen. In Köln ist die Ausgangslage anders. Dennoch will ich diese Chance aktiv nutzen.

Was heißt das konkret?

KLEIN: Die Realschulen haben gute Anmeldezahlen. Dass die sich selbst auflösen, ist eher unwahrscheinlich. Die Hauptschulen werden interessierter sein, denn Not kennt kein Gebot. Allerdings haben die Kollegien dort sehr genau hingeschaut, was aus ihren Kollegen geworden ist, die sich im letzten Jahr für die Gemeinschaftsschulen entschieden hatten. Da ist kaum einer an die neue Schule gekommen, an deren Konzept er vorher mitgearbeitet hatte. Wir gehen davon aus, dass die Montessori-Hauptschule in Bickendorf, die ja schon Gemeinschaftsschule werden wollte, nun auch den Weg zur Sekundarschule gehen wird. Wir werden jetzt eine Machbarkeitsstudie zur Raumsituation im Schulzentrum in Auftrag geben. An anderen Orten wird die Sekundarschule für uns ein Thema sein, wenn es darum geht, Schulstandorte neu zu beleben, wo zum Beispiel eine Hauptschule geschlossen wurde. Wir wollen keinen alten Schulstandort aufgeben.

Wie wird der Entscheidungsprozess zum zukünftigen Schulangebot Kölns weitergehen?

KLEIN: Wir wollen unsere konkreten Vorschläge ausarbeiten und die Standorte für zehn neue Schulen präzisieren. Dazu gehören auch zwei neue Grundschulen. Eine kann in den Räumen der alten Hauptschule an der Mommsenstraße entstehen, die zweite können wir auf dem Gelände des geschlossenen Nippesbades bauen. Im ersten Quartal 2012 werden wir der Politik vorstellen, welche Konsequenzen wir aus dem Schulentwicklungsplan ziehen.